

**50. Konferenz**  
**der Regierungschefs der**  
**Arbeitsgemeinschaft Alpenländer**  
**am 5. Juli 2019**  
**in Toblach, Südtirol**

**Ergebnisprotokoll**

## **1. Begrüßung**

Landeshauptmann Kompatscher begrüßt alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer (Anlage 1).

## **2. Genehmigung der Tagesordnung**

Die Tagesordnung wird einstimmig angenommen.

## **3. Genehmigung des Protokolls der 49. Regierungschefkonferenz vom 29. Juni 2018 in Scuol**

Das Protokoll der 49. Regierungschefkonferenz vom 29. Juni 2018 in Scuol wird einstimmig angenommen.

## **4. Resolution zum Schwerpunktthema „Entwicklung des ländlichen Raums“ (Anlage 2)**

Landeshauptmann Kompatscher unterstreicht die Bedeutung des Themas und dankt allen, die sich an der Ausarbeitung der Resolution beteiligt haben. Um Abwanderungstendenzen zu verhindern gelte es, die Wettbewerbsfähigkeit des ländlichen Raumes zu erhöhen, Arbeitsplätze, Wohnmöglichkeiten und Dienstleistungen vor Ort zu schaffen, kulturelle und soziale Interaktion zu fördern sowie die Vorteile des ländlichen Raumes zu nutzen.

Anschließend werden die Inhalte der Resolution erläutert und durch einen Film mit Beiträgen aus allen Arge-Alp-Ländern illustriert.

Regierungsrat Rathgeb dankt Südtirol für das Aufgreifen des wichtigen und aktuellen Themas. Für Graubünden sei die Aufrechterhaltung der öffentlichen Dienstleistungen eine große Herausforderung. Zugleich verschwinde aufgrund klimatischer Veränderungen in Graubünden alle zwei bis drei Jahre ein Dorf von der Landkarte. Die Resolution biete eine hervorragende Grundlage für Diskussionen über eine lebenswerte Zukunft im Alpenraum.

Regierungsrat Tonina unterstützt die Resolution, die sich mit den Ergebnissen des partizipativen Prozesses „Allgemeiner Zustand der Berge“ der Autonomen Provinz Trient deckt. Alpine Territorien müssten geschützt und weitere Abwanderung verhindert werden. Die Resolution müsse dazu genutzt werden, die nationalen Regierungen und die EU für die strategische Bedeutung der Alpen, die auch eine wesentliche Rolle für das Flachland spielen, zu sensibilisieren. Das gemeinsame Eintreten sei gerade jetzt, da das Europäische Parlament neu konstituiert werde, zu verstärken, um die Zukunft der alpinen Gebiete und ihrer Schönheiten zu gewährleisten.

Landesamtsdirektor Eberle betont die Unterstützung Vorarlbergs für die Resolution. Die Themen deckten sich weitgehend mit den Themen des Vorarlber-

ger Raumbildes 2030: Die Belegung von Ortskernen, die barrierefreie Erreichbarkeit des ländlichen Raumes, flexible Arbeitszeitformen, die Schaffung von regionalen Wirtschaftskreisläufen, die Verhinderung der Abwanderung oder die Erhaltung der Nachhaltigkeit seien zentrale Überlegungen in Vorarlberg.

Die Resolution wird einstimmig angenommen.

## **5. Resolution Vermeidung und Verlagerung von Verkehr durch Kostenwahrheit (Anlage 3)**

Landeshauptmann Kompatscher weist auf die Sensibilität des Themas hin. Auch wenn Mobilität Wohlstand schaffe, seien mit dem stark steigenden Verkehr enorme Belastungen verbunden. Der Brenner habe mehr Güterverkehr zu bewältigen als alle anderen Alpenübergänge zusammen. Die damit verbundenen Herausforderungen seien nicht durch Einzelmaßnahmen zu lösen, sondern nur durch ein ganzes Bündel an Maßnahmen in den Bereichen Infrastruktur, Regulierung und Lenkungseffekte. Einen Lenkungseffekt könne die Herstellung der Kostenwahrheit erzielen. Die Resolution beschäftige sich daher mit diesem Thema und fuße auch auf den Erkenntnissen einer Studie der EU-SALP-Aktionsgruppe 4 zum Einfluss der Preisfaktoren auf die Wettbewerbsfähigkeit Straße-Schiene, die im November 2018 präsentiert worden sei.

Landeshauptmann Platter betont, dass sich die Verkehrssituation trotz vieler Resolutionen und Beschlüsse dramatisch verschlechtert habe. Einer enormen Zunahme des Gütertransitverkehrs, aktuell 2,5 Mio. Lkw pro Jahr über die Brennerautobahn, stehe ein Rückgang der Verlagerung auf die Schiene gegenüber. Über den Brennerpass rolle damit mehr Lkw-Schwerverkehr als über die sechs Alpenübergänge in der Schweiz und Frankreich zusammen. 40 % davon sei Umwegverkehr, da die Brennertransversale zu billig ist. Zudem kämpfe man mit dem Ausweichverkehr durch Ortschaften. Die Situation sei untragbar und werde von der Bevölkerung nicht mehr akzeptiert. Wichtig sei es daher, vom Reden ins Tun zu kommen. Um die Verkehrs- und Versorgungssicherheit zu gewährleisten, behelfe sich Tirol mit punktuellen Notmaßnahmen, wie Dosiersystem, Blockabfertigung und Beschränkung des Pkw-Ausweichverkehrs an Ortsabfahrten. Es müsse daher der Korridor München-Verona teurer werden, die Maut solle abgestimmt angehoben werden. Daneben bemühe sich Tirol, die Rollende Landstraße attraktiver zu gestalten. Schließlich müssten auch die Zulaufstrecken für den Brennerbasistunnel gebaut werden.

Staatsminister Herrmann unterstreicht, dass das Thema Verkehr gemeinschaftlich gelöst werden müsse. Ein „magisches Dreieck“ widersprechender Zielsetzungen – die Abhängigkeit vom Export, das Bedürfnis der Bevölkerung nach Mobilität, aber auch die Belastungen für Anwohner, Umwelt und Straßen – müsse berücksichtigt werden. Einzelne dürften nicht über Gebühr belastet

werden. Vielmehr müssten die Lasten geteilt und gemeinsame Lösungen gefunden werden, während Insellösungen vermieden werden sollten. Notwendig seien vor allem Anreize und gut koordinierte ordnungsrechtliche Eingriffe zur Verlagerung des Verkehrs auf die Schiene. Zudem müssten Maßnahmen zur Unterstützung des Brennerbasistunnels gesetzt werden. Mit der Reduktion der möglichen Trassen für die nördlichen Zulaufstrecken in Bayern auf fünf wurde ein wichtiger Schritt gesetzt. Man sei offen für die Erarbeitung gemeinsamer Lenkungsmöglichkeiten.

Landeshauptmann Kompatscher berichtet, dass der südliche Abschnitt der Brennerautobahn künftig von den Autonomen Provinzen Bozen-Südtirol und Trient selbst geführt werde. Dabei seien der Ausbau und die Verbesserung der Infrastruktur sowie eine Querfinanzierung der Schiene durch die Autobahn vorgesehen. Über die Basismaut stünden insgesamt 1,8 Mrd. Euro für die Finanzierung des Ausbaus der Schiene und der Zulaufstrecken zur Verfügung. Zusätzlich werde eine nach Schadstoffklassen gestaffelte Umweltmaut für Lkws eingeführt, die dem Ausbau der Verladebahnhöfe diene. Um die Schiene wettbewerbsfähiger zu machen, brauche es eine Entbürokratisierung, eine Korridorautobahn und die notwendige Infrastruktur. In der Zwischenzeit könnten Bestandsstrecken besser genutzt werden. Auch müsse der günstige Dieselpreis überdacht werden. Das Dosiersystem Blockabfertigung werde von Südtirol unterstützt, es müsse aber zu langfristigen Lösungen kommen. Aber auch Pkws trügen zur Überlastung bei.

Landeshauptmann Platter verlässt wegen eines Termins mit Bundespräsident van der Bellen die Regierungschefkonferenz und wünscht einen weiteren erfolgreichen Verlauf.

Landeshauptmann Kompatscher erläutert die Inhalte der Resolution.

Die Resolution wird mit einer Enthaltung angenommen.

## **6. Vorstellung der Ergebnisse des Jugendparlaments YPAC zum Klimaschutz (Anlage 4)**

Die Delegierten des Jugendparlaments der Alpenkonvention (YPAC) stellen die Resolutionen zum Thema Klimawandel vor, die das Jugendparlament zwischen dem 26. und dem 29. März in Meran erarbeitet hat, und übergeben sie an den Vorsitzenden sowie an die weiteren Mitglieder der Regierungschefkonferenz der Arge Alp.

Landeshauptmann Kompatscher lobt die inhaltlichen Vorschläge zum wichtigen Thema Klimawandel, hebt die Bedeutung der Vertretung der Jugend hervor und gratuliert zum Engagement des YPAC.

## **7. Beschluss Stärkung der Arbeitsgemeinschaft Alpenländer (Anlage 5)**

Landeshauptmann Kompatscher schlägt vor, die Potenziale der Arge Alp als älteste Zusammenarbeitsform zwischen Regionen im Alpenraum noch besser zu nutzen. Dafür sollen die Lobbyarbeit in Brüssel verstärkt sowie ein/e Mitarbeiter/in bei der Geschäftsstelle angestellt werden, um die Zusammenarbeit mit den einzelnen Mitgliedsländern, den EU-Institutionen, der EUSALP und der Alpenkonvention sowie die Kontinuität zu verbessern.

Regierungsrat Rathgeb unterstützt die Beschlussvorlage, weist aber darauf hin, dass die Arge Alp auch in Zukunft schlank, unbürokratisch und effizient bleiben sollte.

Regierungsrat Mächler unterstützt das Vorhaben, die Arge Alp zu stärken, und regt an, den einjährigen Vorsitz zu überdenken, der die Wirkung des Vorsitzes einschränke.

Landeshauptmann Haslauer zeigt sich dazu diskussionsbereit, betont aber, dass es wichtig sei, dass jedes Land in absehbarer Zeit einen Vorsitz übernehmen und seine Schwerpunktthemen einbringen könne. Wichtig sei es auch, den Einfluss der Arge Alp in Brüssel zu stärken. Sein besonderer Dank gelte dem Amt der Tiroler Landesregierung für die gute Geschäftsführung, die mit einer/m weiteren Mitarbeiter/in nun gestärkt werde.

Der Beschluss wird einstimmig angenommen.

## **8. Projektmanagement**

### 8.1. Genehmigung neuer Projekte

#### a. Tradition – Vielfalt – Wandel

Landeshauptmann Haslauer erläutert, dass sich das Projekt Tradition-Vielfalt-Wandel mit Beständigkeit und Tradition im Kontext von Migrationsbewegungen beschäftige. Tessin, Trentino und Lombardei hätten Interesse an einer Teilnahme geäußert. Bei einer Beteiligung müssten die notwendigen Anpassungen des Budgets vorgenommen werden.

Tessin, Trient und die Lombardei bestätigen, sich am Projekt beteiligen zu wollen.

Das Projekt wird genehmigt. Einer Erhöhung des Budgets auf € 80.000 wird zugestimmt.

#### b. Fachliches Austauschprogramm für Archivare (Verlängerungsantrag)

Staatsminister Herrmann streicht die Bedeutung des fachlichen Austauschprogrammes für Archivare angesichts eines nach wie vor großen Forschungsbedarfs im Bereich der Geschichts- und Dokumentenforschung hervor.

Das Projekt wird genehmigt.

## 8.2. Zwischen- und Endberichte

Zu allen weiteren laufenden und abgeschlossenen Projekten wird auf die entsprechenden Zwischen- und Abschlussberichte in den auch im Internet vorliegenden Unterlagen verwiesen.

Alle diese Zwischen- und Endberichte zu den laufenden und abgeschlossenen Projekten (Xchange, Abschluss mit Anschluss, Energieeffizienz in KMU, AlpClimNet: Ein Netzwerk für Klimaschutz im Alpenraum, Integration durch Bürgerschaftliches Engagement, European Talent School, Next Generation – Berglandwirtschaft 2030, Online Campus Alpenraum, Arge Alp Sport 2018-2022, Gemeinsames Recherche-Portal der ARGE ALP Archive, Einfluss von Gletscherrandklüften auf Felsstürze, Maßnahmen zur Förderung des Fahrradtourismus, Vernetzung regionaler Bildungsnetzwerke: Talente fördern, Fachliches Austauschprogramm Archivare, Hydrogeologische Risiken im Alpen- und Voralpenraum, Soziodidaktische Nutzung von Renaturierungsmaßnahmen von Fließgewässern) werden von den Regierungschefs zustimmend zur Kenntnis genommen.

## **9. Präsentation der Ergebnisse des Projektes „Spielregeln im Spannungsfeld Wald Wild Lebensraum“**

DI Kreiner von der Gruppe Forst des Amtes der Tiroler Landesregierung präsentiert die Ergebnisse. Das Projekt untersuchte Erfolgsfaktoren für den richtigen Umgang mit Interessenkonflikten in diesem durch diametrale Interessen geprägten Bereich. Wichtigste Erkenntnis ist die große Bedeutung von Kommunikation, die Vertrauen schafft. Projekte im Spannungsfeld Wald-Wiese-Lebensraum sollten daher vor allem Wert auf eine gute Kommunikation und den kommunikativen Austausch der Verantwortlichen legen.

## **10. Bericht der Entwicklungen zum Thema „Regulierung der Wolfpopulation im Alpenraum“ gemäß der entsprechenden Resolution des Vorjahres**

Landeshauptmann Kompatscher betont die Sensibilität des Themas in Südtirol und ruft dazu auf, sachliche, konkrete Lösungen zu erarbeiten, die dem Schutz der Tiere, dem Schutz der traditionellen Landwirtschaft und dem Schutz der Biodiversität Rechnung tragen.

Landesrat Schuler präsentiert die wichtigsten Daten und Entwicklungen zum Thema Wolf im Alpenraum. Der Wolf habe sich durch seinen besonderen Schutzstatus wieder stark in Europa verbreitet. Probleme entstünden insbesondere dort, wo eine intensive Bewirtschaftung vorliege. Das Konfliktpotential in der Arge Alp sei aufgrund des lebendigen ländlichen Raumes mit vielen bewirtschafteten Almen und Weideflächen groß. In vielen Staaten seien be-

reits Regelungen getroffen worden oder würden getroffen, um den strengen, europarechtlich verankerten Schutzstatus des Wolfes abzumildern. Das Land Südtirol habe sich in einem Beschluss dafür ausgesprochen, sensible Gebiete auszuweisen, in denen Sonderregelungen getroffen werden könnten.

Landeshauptmann Haslauer informiert über die Einrichtung des österreichischen Zentrums Bär – Wolf – Luchs beim Amt der Salzburger Landesregierung. Zudem sei ein 5-Punkte-Programm erarbeitet worden, das zur Beruhigung beitrage. Das Programm fokussiere insbesondere auf die Förderung von Herdenschutzmaßnahmen, eine schnelle und unbürokratische Entschädigung bei Rissen, einen Managementplan sowie auf Handlungsempfehlungen für Behörden auch im Hinblick auf sogenannte Problemwölfe, die Schaffung eines Wolfbeauftragten und die bislang offene Änderung des Schutzstatus. Die letztjährige Arge-Alp-Resolution zum Thema sei von den Salzburger Landwirten positiv aufgenommen worden.

Regierungsrat Tonina hält es für wichtig, den gemeinsam geäußerten Willen der Resolution des letzten Jahres und die Forderung an die EU, die Regulierung zu überarbeiten, erneut zu bekräftigen. Die alpinen Territorien und die wichtige Alm- und Weidewirtschaft müssten geschützt werden. Das Trentino habe nicht nur große Probleme mit Wölfen, sondern auch mit Bären. Um der EU und den Nationalstaaten das Problem und den Handlungsbedarf zu vermitteln, bitte man um Unterstützung der Regierungschefs für einen gemeinsamen Beschlussvorschlag, in dem dazu aufgerufen wird, den Schutzstatus des Wolfes herabzustufen, den Staaten zur Berücksichtigung regionaler Gegebenheiten eine größere Autonomie und Verantwortung einzuräumen, finanzielle Mittel für Präventions-, Bildungs- und Informationsmaßnahmen zur Verfügung zu stellen und ein Monitoringsystem einzurichten.

Die Regierungschefs der Arge Alp bekräftigen die Resolution, die im Vorjahr beschlossen wurde, und die darin enthaltenen Zielsetzungen, und appellieren an die Mitgliedstaaten und die EU, die Voraussetzungen für deren Umsetzung zu schaffen.

## **11. Finanzsituation der Arge Alp**

Der Leiter der Geschäftsstelle Staudigl informiert über den Jahresabschluss 2018 und den Entwurf der Finanzvorschau für das Jahr 2020. Das Budget ist ausgeglichen und bietet Spielraum für politische Schwerpunktsetzungen des nächsten Vorsitzes.

Landeshauptmann Kompatscher erläutert, dass zwei zusätzliche Kostenstellen den bislang ausgewiesenen Übertrag ins Jahr 2020 reduzieren würden: die Kosten für eine/n Mitarbeiter/in der Geschäftsstelle im Ausmaß von ca. € 50.000 sowie das aufgestockte Budget in Höhe von € 80.000 für das neu genehmigte Projekt Tradition-Vielfalt-Wandel.

Der Jahresabschluss 2018 und die Finanzvorschau 2020 werden einstimmig genehmigt.

## **12. Makroregionale Strategie für den Alpenraum - EUSALP**

Die Geschäftsstelle informiert über den aktuellen Stand der Alpenraumstrategie. Nach dem Vorsitz des Landes Tirol im Jahr 2018 habe im Jahr 2019 Italien gemeinsam mit der Lombardei die Präsidentschaft übernommen. Als Erbe des Tiroler Vorsitzes werde insbesondere die langfristige Einbindung der Jugend weiter vorangetrieben, für die das Land Tirol die Verantwortung übernommen habe. Im zweiten Halbjahr finde unter lombardischer/italienischer Präsidentschaft eine Reihe von Veranstaltungen statt:

- 21.-22.09.2019    Versammlung junger Gemeindepolitiker in Como
- 27.09.2019      Versammlung junger Unternehmer in Villa Erba, Cernobbio
- 22.10.2019      Ministerkonferenz zum Thema Verkehr in Genua
- 29.10.2019      Alpine Ernährungskultur als immaterielles UNESCO-Weltkulturerbe in Mailand
- 27.-28.11.2019    Generalversammlung, Jahresforum 2019 und Abschlussveranstaltung AlpGov in Mailand

Die Geschäftsstelle informiert weiters über die Entsendung von vier Vertretern der Arge Alp in die Arbeitsgruppen Verkehr, Große Beutegreifer, wildlebende Huftiere und Gesellschaft - WISO, Berglandwirtschaft und Bergwaldwirtschaft sowie Bodenschutz der Alpenkonvention.

Die Alpenkonvention dankt der Lombardei für die Übernahme der Leitung des Projekts AlpGov und damit für die Sicherung der Kontinuität in der Umsetzung der EUSALP sowie für die Unterstützung der Kandidatur des alpinen kulinarischen Erbes als immaterielles UNESCO-Weltkulturerbe. Die Interaktion zwischen der Koordinationsebene (dem Exekutivausschuss) und der Umsetzungsebene (den Aktionsgruppen) solle weiter intensiviert werden.

Landeshauptmann Kompatscher streicht die Wichtigkeit der Alpenraumstrategie für die Zusammenarbeit der Regionen mit den Staaten und der EU hervor und verweist auf die Bedeutung der Vernetzung der Arge Alp mit der EUSALP und der Alpenkonvention. Er dankt der Alpenkonvention für ihre Arbeit und betont das Bestreben, dem Bottom-up-Prinzip auch über eine bessere Vernetzung zwischen der Steuerungs- und der ausführenden Ebene Rechnung zu tragen.

Untersekretär Rizzi weist darauf hin, dass Kontinuität ein wichtiges Prinzip des EUSALP-Vorsitzes darstelle. Die bereits in Gang gesetzten Arbeiten sollten fortgeführt werden. Er dankt dem Tiroler Vorsitz für die gute Arbeit und be-

richtet, dass die Lombardei die Einbindung der Jugend weiter vorantreiben werde.

### **13. Verleihung Arge Alp Preis**

Landeshauptmann Kompatscher streicht die Bedeutung von Mehrsprachigkeit als großen Reichtum hervor und dankt allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern für ihre Beiträge.

Chefredakteur Steinegger stellt die drei Gewinnerprojekte vor. Landeshauptmann Kompatscher übergibt die Preise an die Gewinnerprojekte.

### **14. Freischaltung der neuen Website der Arge Alp**

Chefredakteur Steinegger präsentiert die neue Website und das Redaktionskonzept.

Landeshauptmann Kompatscher teilt mit, dass die neue Website noch laufend weiterentwickelt und Regeln zur Einstellung der Beiträge der Länder erarbeitet würden. Das System solle flexibel bleiben.

Landeshauptmann Kompatscher und Landeshauptmann Haslauer schalten die neue Website der Arge Alp frei. Landeshauptmann Kompatscher dankt allen Beteiligten für die Mitarbeit.

### **15. Übergabe Vorsitz und Ausblick 2019/20**

Landeshauptmann Kompatscher dankt allen für die Mitarbeit im Südtiroler Vorsitzjahr und streicht hervor, dass einige wichtige Beschlüsse gefasst und die Umsetzung der Beschlüsse vorangetrieben werden konnten.

Landeshauptmann Kompatscher übergibt den Vorsitz an Landeshauptmann Haslauer.

Landeshauptmann Haslauer bedankt sich bei Südtirol für den hervorragenden Vorsitz und das inhaltsreiche Programm sowie beim Leitungsausschuss für die gewissenhafte Vorbereitung und Betreuung der Projekte. Er streicht die moderne Website und die Stärkung der Arge Alp als richtungsweisende Beschlüsse hervor. Salzburg werde den Fokus auf das Thema Tourismus als Motor für einen nachhaltigen und innovativen Lebensraum legen und dabei vier Themen näher bearbeiten: Alpines Bauen, Heilkraft der Alpen, Mobilität zum und im Urlaubsort und regionale Kulinarik. Zudem sei anlässlich des 100-Jahr-Jubiläums der Salzburger Festspiele die Ausschreibung einer Arge-Alp-Fanfare geplant. Die nächste Regierungschefkonferenz finde am 2./3. Juli 2020 in der Stadt Salzburg statt.

## Anlage 1

**TEILNEHMERLISTE**

50. Regierungschefkonferenz der Arge Alp am 5. Juli 2019 in Toblach

<b>Freistaat Bayern</b>	Florian Herrmann Klaus Ulrich
<b>Kanton Graubünden</b>	Christian Rathgeb Daniel Spadin Carlo Cramer Tamara Freuler
<b>Region Lombardei</b>	Alan Christian Rizzi Filippo Daniele Jarach Maria Luisa Scalise Paolo Sabbadini
<b>Land Salzburg</b>	Wilfried Haslauer Sebastian Huber Doris Fuschlberger Franz Wieser
<b>Kanton St. Gallen</b>	Marc Mächler Sarah Hauser
<b>Kanton Tessin</b>	Christian Vitta Arnoldo Coduri Giosia Bullo
<b>Land Tirol</b>	Günther Platter Fritz Staudigl Simon Lochmann Andreas Greiter Manfred Kreiner Melanie Plangger
<b>Autonome Provinz Trient</b>	Mario Tonina Fabio Scalet
<b>Land Vorarlberg</b>	Günther Eberle Julian Kositz
<b>Autonome Provinz Bozen – Südtirol</b>	Arno Kompatscher Klaus Luther Karin Gschnitzer Guido Steinegger
<b>Alpenkonvention</b>	Wolfger Mayrhofer

## Anlage 2

### **RESOLUTION DER ARBEITSGEMEINSCHAFT ALPENLÄNDER (ARGE ALP) ZUM THEMA ENTWICKLUNG DES LÄNDLICHEN RAUMS**

Die nachfolgenden Thesen stellen die Quintessenz der im Laufe des Vorsitzjahres des Landes Südtirol erfolgten Auseinandersetzung mit dem Schwerpunktthema «Entwicklung des ländlichen Raums» dar. Die Arge Alp bekennt sich zum Ziel, den ländlichen Raum als hochwertigen Lebens-, Arbeits-, Wirtschafts-, Kultur, Erholungs- und Naturraum zu sichern und zu entwickeln.

1. Die Schaffung von flexiblen Arbeitsformen, für welche ein flächendeckender Breitbandanschluss Grundvoraussetzung ist, wie etwa Smart-Working-Modelle, Home-Office, alternierende Telearbeit oder die Einrichtung von Co-Working-Spaces, soll im ländlichen Raum selbstverständlich werden. Öffentliche Verwaltungen sollen für ihre Bediensteten eine dahingehende Vorbildfunktion einnehmen.
2. Regionale Wirtschaftskreisläufe, die betriebliche Wertschöpfung und die Kaufkraft des ländlichen Raums sollen gestärkt und der ländliche Raum als attraktiver Wirtschafts- und Arbeitsraum gefördert und entwickelt werden. Die öffentliche Hand soll hierfür die Rahmenbedingungen vor Ort entsprechend anpassen und zur Verfügung stellen. Eine besondere Stärkung sollen die kleinen und mittelständischen Unternehmen im ländlichen Raum erfahren, das soll auch dazu beitragen, die negativen ökologischen Auswirkungen des Fernverkehrs zu reduzieren.
3. Eine Stärke des ländlichen Raums ist der Zusammenhalt der Bevölkerung. Ein lebendiges Vereinswesen, intakte Ortskerne und kompakte Siedlungsgebiete als Treffpunkt und Begegnungsmöglichkeit sind dafür essenziell. Eine strategisch langfristige Planung zur Belebung der Ortskerne sowie ein Ortskern-Instandhaltungs-Management soll durch gezielte Fördermaßnahmen und Investitionen der öffentlichen Hand unterstützt werden. Ehrenamtlicher Einsatz soll auf vielfältige Weise anerkannt und honoriert werden.
4. Die öffentliche Hand muss die angemessene, barrierefreie Erreichbarkeit des ländlichen Raums sowie innerhalb des ländlichen Raums sicherstellen. Moderne und multimodale Mobilitätsdienste sowie im Bereich der Informations- und Kommunika-

tionstechnologie erforderliche intelligente Infrastrukturen werden auch im peripheren Raum gewährleistet. Green Mobility soll bei öffentlichen Stellen konsequent eingesetzt und im privaten Bereich gefördert werden.

5. Der Zugang zu Diensten der Gesundheitsversorgung, Kinderbetreuung und Bildungs- und Kulturangeboten ist maßgeblicher Faktor für die Lebensqualität im ländlichen Raum, wobei die Bedürfnisse aller Generationen Berücksichtigung finden müssen. Dies soll durch das Prinzip der kurzen Wege sowie einer entsprechenden Dienstleistungssicherung gewährleistet werden. Als maßgebliches Instrument muss die Raumordnung diesem Prinzip Rechnung tragen und eine Stärkung von Subzentren durch Verteilung öffentlicher Einrichtungen, wo dies aufgrund des Einzugsbereichs sinnvoll ist, erfolgen.

Die Mitgliedsländer der Arge Alp übernehmen obenstehende Thesen als Leitfaden für ihre Politik zur Entwicklung des ländlichen Raums.

Für die Zukunftssicherung und Entwicklung des ländlichen Raums in den Alpenländern ist es erforderlich, dass auch weiterhin die Nationalstaaten und die Europäische Union in angemessenem Umfang Fördermittel für die Entwicklung des ländlichen Raums bereitstellen.

## Anlage 3

### **RESOLUTION DER ARBEITSGEMEINSCHAFT ALPENLÄNDER (ARGE ALP) ZUM THEMA VERMEIDUNG UND VERLAGERUNG VON VERKEHR DURCH KOSTENWAHRHEIT**

1. Die Alpen sind ein sensibler Lebensraum, in dem rund 14 Millionen Menschen, 30.000 Tierarten und 13.000 Pflanzenarten beheimatet sind. Zum Schutz dieser einzigartigen Natur und Umwelt wurde 1991 die Alpenkonvention unterzeichnet. Bereits vor 30 Jahren wurden die negativen Auswirkungen des Verkehrs erkannt und deshalb dem Ausbau des hochrangigen alpenquerenden Straßennetzes mit der Alpenkonvention Einhaltung geboten.
2. Der alpenquerende Verkehr hat in den letzten Jahren tendenziell zugenommen und befindet sich auch 2019 im Steigen. Der Wunsch der Menschen nach Mobilität scheint ungebrochen und die Veränderungen der Produktionsprozesse und der sozialen und wirtschaftlichen Bedürfnisse haben die Nachfrage nach Warentransporten stets steigen lassen. Die Alternative Schiene ist allzu oft keine wahre Alternative und bis heute besteht ein großer Unterschied im Preisgefüge der beiden Transportmodi.
3. Die Ressourcen für Mobilität sind jedoch endlich, vor allem in einem sensiblen Umfeld wie es der Alpenbogen ist. Eine Verlagerung von der Straße auf die Schiene ist notwendig. Dafür ist es nicht zielführend, der Wirtschaft die Wahl des Transportmodus vorzuschreiben, sondern die Attraktivität der Schiene so zu stärken, dass sie eine wahre Alternative zur Straße darstellt. Deshalb geht es in erster Linie um die Herstellung der Kostenwahrheit bei beiden Verkehrsträgern, anhand derer die Spediteure dann das für sie passende Produkt wählen können.
4. Zum Schutz des Alpenraums und für die Lebensqualität der Bürger, welche entlang von alpenquerenden Verkehrsadern leben
  - a. setzt sich die Arge Alp dafür ein, dass bei den beiden Verkehrsträgern Straße und Schiene die Kostenwahrheit hergestellt wird und Auswirkungen auf die Umwelt in die Nutzungsgebühr der Infrastruktur miteinberechnet werden, zum Zwecke von Maßnahmen zur Verlagerung auf die Schiene.

- b. fordert die Arge Alp, dass sich die Nationalstaaten dafür einsetzen, dass die Schieneninfrastrukturbetreiber Investitionen in Verladebahnhöfe tätigen, um die Attraktivität und die Flexibilität der Schiene zu steigern.
- c. setzt sich die Arge Alp dafür ein, dass die zuständigen Ministerien ihre Maßstäbe zu Preis- und Kostenstruktur für die Nutzung der Schieneninfrastruktur überdenken und nationale Normen und Zusatzaufgaben (z.B. widersprüchliche Länderspezifikationen zum Europäischen Zugsicherungssystem ETCS), welche die Kosten der Eisenbahnverkehrsunternehmen nach oben treiben, abschaffen oder vereinheitlichen, um den Kostenvorteil der Straße gegenüber der Schiene aufzuheben.
- d. fordert die Arge Alp die EU auf, die Grenze für Güterverkehrsbeihilfen auf Bahnstrecken im Alpenraum anzuheben.
- e. um diese Ziele zu erreichen, betont die Arge Alp, dass ein Umdenken stattfinden muss und auch im Tourismus das Angebot für öffentliche Verkehrsmittel signifikant ausgebaut werden soll.



## Anlage 4

### 14<sup>TH</sup> YPAC MERANO FINAL RESOLUTION

#### **Bio-fields for greater yields**

This postulation tackles the problems affecting agriculture due to climate change. Changing climate conditions are causing a number of problems to agriculture due to species not being able to adapt. Several problems also occur during the cultivation like the use of harmful pesticides which attack the environment. In addition, other harmful processes like the use of non-eco-friendly machinery add to the CO<sub>2</sub> emissions.

To solve these problems, we propose subsidies from local governments to local farmers and farming industries based on how eco-friendly their production is. For example, if they use electrical machinery and biodegradable compost, they could be granted higher subsidies, according to specific requirements set by national standards. Furthermore, we encourage funding the research and production of bio-pesticides. We suggest the use of cross breeds so as to improve the resistance, strength and fertility of crops. This way we would help plants that are facing challenges during droughts, infertility and extreme weather conditions.

#### **Hop on top**

In this postulation we propose an eco-friendly and more efficient way of feeding livestock. Feeding livestock with food like soy causes many problems. Some issues are, for example, the huge amount of CO<sub>2</sub> that is produced due to the transport of nutrients and deforestation in order to obtain the land needed to cultivate these. In the future, these problems will increase even more, due to higher demands.

Therefore, we propose that farmers breed protein-rich insects, like maggots, and use them to replace imported and damaging food sources that would usually provide those nutrients. Insects can be bred by local farms, which would help solve the problem of CO<sub>2</sub>-emissions. Additionally, this production needs less space and resources, like water and food, which in the case of insects could consist of food-waste products from supermarkets, etc. Furthermore, these insects contain more proteins than meat or crops, which will create an economic benefit in the long-term. These insects can be easily bred in a few days; consequently, there would also be no need to store the food, because it would be fresh and available.

## **Coping with heat in urban areas**

This resolution is about cooling down urban areas and thereby saving people from overheating. Due to rising temperatures the number of tropical nights is increasing in urban areas. In these nights, the temperature never drops under 20 degrees Celsius. Thus, human bodies suffer from not being able to cool down. Noticing this, we propose the following ideas:

In order to help cities cool down, the amount of buildings with a high thermal storage mass must be minimized. This can be achieved through new methods of construction like wooden and/or bright painted heat-reflective roofs or facades and streets. These methods of construction should be subsidised for new infrastructure or renovation projects. Where the structure cannot be changed, urban gardening should be promoted.

## **Air Pollution from trucks**

This postulation is about reducing air pollution made by transporting cargo in trucks.

We see that there is increased air pollution due to vehicles which produce harmful emissions. One third of all deaths are caused by stroke, lung cancer and heart disease which are partly due to air pollution.

We propose transporting cargo for longer distances between the cities by trains. For shorter distances, e.g. from the train station and to the client, trucks can be used. To accomplish this goal, we propose a label for products transported by trains, to make it easier for consumers to buy goods transported in an eco-friendly way. In that way, emissions by trucks going long distances can be prevented and traffic jams can be reduced. Finally, we suggest lowering the speed limits for trucks on highways and in general making heavy goods vehicles more expensive. As a result, we can lower the toxins that are released into the air and make the railway system more attractive.

## **Climate refugees**

This proposal deals with providing basic human rights to climate refugees arriving to the Alpine Region.

The consequences of climate change are endangering the life of billions of people and every year more and more of them are forced to leave their homeland. The Alpine region must deal with this issue. In order to understand the phenomenon better, we would like to introduce an official definition of a climate refugee: "A person who is forced to leave their region/country due to consequences caused by climate change".

The government should establish a database that includes all the places where immediate danger caused by climate change could pose a threat. A pool of experts will be in charge of constantly updating it.

To guarantee basic human rights to these refugees, we propose the creation of safe houses in which they are provided with accommodation; here they will have time to look for a job and to gain economic stability. Safe houses should be municipal buildings renovated in an eco-friendly way. They should also be run by volunteers so that there will be fewer problems in finding new employees. In these houses the refugees will learn the language of the host country and get help to integrate into society.

Healthcare should be free for climate refugees, since most of them do not have money to

afford basic treatments.

### **Dealing with privatized water sources**

This postulation deals with the human right to water.

As the consequences of global warming are becoming more intense, the periods of droughts and water shortages will challenge the governments to fulfill the right to clean water.

We believe that water should be a public good. This proposal deals with the excessive use of water by companies that use water from their private sources for profit. One example of this is when people buy groundwater pumps in the Alpine area and start selling water without regulation. To prevent this from happening in the Alpine region, we suggest a law created by scientists working with the government that sets limits to the use of water sources. This group of scientists would define extreme circumstances under which the companies owning private water sources are obligated to distribute water for free to the public. The company would be reimbursed by the government.

### **Easily achievable climate protection supported by political institutions**

This postulation is about achieving climate protection through easy and effective small steps, achievable by everybody and being made more manageable with the support of political institutions.

When it comes to climate change, we don't have any time to lose, so every small step counts. This postulation encourages everybody to start acting against climate change in their region with easily achievable solutions.

First of all, it is quite easy to improve the sustainability of a school by school-internal policies like enhancing the waste recycling-system and promoting the selling of eco-friendly products. Participating in local politics is another possibility to implement our postulation. The improvement of eco-friendly means of transport, such as bicycles and public transport would minimize CO<sub>2</sub>-emissions.

Exchanging simple trashcans with recycling bins is another small adaptation for cities to help prevent climate change.

Next to these long-term changes, we also suggest small projects and events, e.g. workshops like planting trees together. With all these examples given, but also propaganda and information signs, we want to raise awareness about climate change. Every single person can contribute to climate protection and increase the number of people acting against it.

Politicians, public administrations and every authority involved have to provide legal and political frameworks for these actions.

### **Financial encouragement for climate protection**

In this postulation, we address the missing awareness towards climate change by creating an incentive for a better attitude towards climate change.

The main issue in regard to climate change is the lack of interest in it by mainly middle-aged adults. This age group is the hardest to reach as they have lived a long period of their lives without being aware of the issue.

We propose a taxation system that offers tax reductions for companies and other institu-

tions that take measures against climate change. Some of these measures could include recycling, public transportation, or other positive actions. To be eligible for the tax reductions, a company must respect certain criteria, such as consistency, CO2 emissions limit defined by independent organizations. We believe that one of the most effective ways to influence companies is to create financial incentive.

### **Lowering the voting age**

One issue we are currently facing is a change in the demographic structure. The overall age of the population increases which means that the ratio of younger people decreases. In developed countries the biggest age group are baby boomers.

We believe that voting should be accessible to people who are highly affected by its impact. When it comes to climate change, today's youth will be affected the most. Therefore, we propose that the voting age should be lowered to 16.

Thanks to an improved education, the youth will be aware of how the voting system works and about the political situation in their countries. Moreover, lowering the voting age will increase the interest in politics among the youth, which will result in more youth participation.

Furthermore, lowering the voting age will strengthen the representation of young people's opinion on climate policies. This will result in youth-friendlier politics since the parties would need to adapt ideas which appeal to young people for them to get elected. This would lead to climate-friendlier policies. If parties represent the ideals of adolescents, the youth will be more likely to participate in pushing them through.

## Anlage 5

### **BESCHLUSS**

#### **STÄRKUNG DER ARBEITSGEMEINSCHAFT ALPENLÄNDER (ARGE ALP)**

Die Arge Alp ist im Jahr 1972 als erste grenzüberschreitende Organisation der Zusammenarbeit von Regionen in Europa gegründet worden und hat seit diesem Zeitpunkt überaus erfolgreich zahlreiche Projekte umgesetzt und die Interessen der Alpenländer vertreten. Bewährt hat sich diesbezüglich vor allem die schlanke Struktur der Arge Alp, welche ein unbürokratisches Handeln der zehn Mitgliedsländer ermöglicht.

Die Tätigkeitsbereiche der Arge Alp haben sich in den letzten Jahren wesentlich ausgedehnt und kontinuierlich erweitert, wobei die Zusammenarbeit der Arge Alp mit den Nationalregierungen und den Institutionen der Europäischen Union sowie mit anderen Partnern stetig an Wichtigkeit gewonnen hat.

Der Alpenraum sieht sich vermehrt mit neuen Herausforderungen konfrontiert, welchen die Arge Alp auf angemessene Art und Weise entgegenzutreten muss. Diese reichen unter anderem von Klimaveränderung und Zivilschutz, Verkehr und Mobilität, Migration und demographischer Wandel bis hin zur Erhaltung und Stärkung des ländlichen Raums. In diesem Sinne soll die bisherige strategische Ausrichtung der Arge Alp überprüft und der aktuellen Situation angepasst werden.

Vor dem Hintergrund der Komplexität und Wichtigkeit der Themenbereiche und der Wichtigkeit der Aktivitäten der Arge Alp erfordern insofern auch die Tätigkeitsfelder Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit eine intensivere und angemessene Betreuung.

Um auch künftig diese Herausforderungen in bester Weise bewältigen zu können, bedarf es eines verstärkten gemeinsamen Auftretens der Arge Alp nach außen. Seit 1995 verfügen die Arge Alp - Mitgliedsländer Tirol, Südtirol und Trentino im Rahmen der Europaregion bereits über ein gemeinsames Verbindungsbüro in Brüssel, welches sich dafür anbieten würde, darüber hinaus die Anliegen der Arge Alp in Zusammenarbeit mit den bestehenden Vertretungen der anderen Mitgliedsländer wahrzunehmen.

Ebenso soll die Geschäftsstelle der Arge Alp beim Amt der Tiroler Landesregierung gestärkt werden. Dieser obliegt unter anderem die Gewährleistung der Kontinuität der Arbeit der Arge Alp angesichts des jährlich rotierenden Vorsitzes unter den Mitgliedsländern, wobei die

schlanke und unbürokratische Tätigkeitsstruktur der Arge Alp jedenfalls beibehalten werden soll.

Dies vorausgeschickt beschließt die Regierungschefkonferenz der Arge Alp:

1. Das gemeinsame Verbindungsbüro der Europaregion Tirol-Südtirol-Trentino in Brüssel übernimmt in Zusammenarbeit mit den Büros der anderen Arge Alp-Mitgliedsländer vor Ort die Vertretung der Interessen der Arge Alp bei den verschiedenen Institutionen der Europäischen Union.
2. Die Geschäftsstelle der Arge Alp im Amt der Tiroler Landesregierung in Innsbruck wird um eine/n zweisprachige/n Mitarbeiter/in, welche/r sich ausschließlich um die Belange der Arge Alp kümmert, erweitert. Diese Maßnahme soll zunächst befristet für drei Jahre gelten. Die entsprechenden Personalkosten gehen zu Lasten des Haushaltes der Arge Alp, wobei die Kosten im Rahmen des derzeitigen ordentlichen Arge Alp-Haushalts Deckung finden. Der Leitungsausschuss wird beauftragt, einen Leistungsauftrag für die Mitarbeiterin/den Mitarbeiter gemäß der strategischen Ausrichtung der Arge Alp zu verfassen.
3. Der Regierungschefkonferenz wird jährlich über die Tätigkeiten des Verbindungsbüros im Rahmen der Vertretung der Arge-Alp-Interessen sowie der Tätigkeit der Mitarbeiterin/des Mitarbeiters schriftlich Bericht erstattet.